

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/08/2007
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 24.10.2007
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. Stand der Umsetzung des KiBiz
6. Programm zur Sanierung der städtischen Gebäude
hier: Maßnahmen in den Jahren 2008 bis 2011
Vorlage: 0614/2007
7. Bericht über die Umsetzung des Beschlusses des JHA vom 19.06.07 zur Vorlage 0271/2007 - Schulhofbenutzung Grundschule Eilpe -
8. Verbesserung der schulpsychologischen Versorgung
Vorlage: 0893/2007
9. Straßenkinder in Hagen
Vorlage: 1024/2007
10. Bericht des Diakonischen Werkes über das Projekt Straßenkinder
11. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe
Vorlage 0542/2007 - **Vorstellung des Jahresberichtes der evangelischen Jugend**



12. Jugendhilfeplanung
Fortschreibung des Berichts zum Arbeitsfeld "Offene Kinder -und Jugendarbeit in Hagen"
Vorlage: 0966/2007
13. Erfahrungsbericht zur bedarfsgerechten Bereitstellung flankierender sozialer Dienstleistungen im Rahmen des SGB II durch die kommunale Drogenhilfe
Vorlage: 0972/2007
14. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung bleibt in der vorliegenden Form bestehen.

2. Mitteilungen

Herr Steuber teilt den Ausschussmitgliedern mit, dass in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses ein Referent aus Dorsten-Wulfen einen Vortrag zum Thema Hilfe zur Erziehung halten wird. Falls aus den Reihen des Ausschusses noch spezifische Fragen an den Referenten zur Vorbereitung weitergeleitet werden sollten, möge man diese bitte an ihn richten.

Außerdem erklärt er, dass mittlerweile anhand einer Kalkulation der Zeitaufwand für die Sprachstandserhebung ermittelt worden sei. Dieser liege bei 3500 Stunden, die investiert worden seien.

Herr Goldbach berichtet von einem Schriftwechsel mit der Bezirksregierung Umweltabteilung, in dem es um Beschwerden von Anwohnern über Lärmbelästigung an Bolzplätzen gehe. Man sei gezwungen, sich mit Einzelbeschwerden auseinanderzusetzen und zu reagieren.

Herr Strüwer erinnert an die Diskussion in der letzten Jugendhilfeausschusssitzung bezüglich des Jugendzentrums Wehringhausen. Es sei gut, dass sich der Ausschuss in dieser Frage klar platziert habe. Der Verwaltungsvorstand habe sich der Auffassung des Jugendhilfeausschusses angeschlossen, dass es keiner weiteren Beratung bedürfe. Es sei im Interesse des Rates, in Wehringhausen ein Jugendzentrum einzurichten.

Herr Fischer berichtet über den derzeitigen Stand der Planung. Er bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für ihren Einsatz in dieser Sache. Mitte November könnte das Jugendzentrum für Jugendliche geöffnet werden. Eine offizielle Eröffnung werde folgen.

Herr Strüwer erklärt, dass beim Tagesmütterwerk Veränderungen anstünden. Aus diesem Grund sei Frau Schulz inzwischen aus dem Jugendhilfeausschuss ausgeschieden. Gestern habe es eine Veranstaltung gegeben, die den Verein betreffe.

Herr Gebauer beschreibt die Aufgaben des Tagesmütterwerkes. Dieses habe



zum Ziel gehabt, die Tagespflege auszubauen. Gestern habe es eine Mitgliederversammlung gegeben, in der das Tagesmütterwerk beschlossen habe, seine Tätigkeit zum 31.12. des Jahres aufzugeben. Der Caritasverband beabsichtige, dieses Angebot zum 01.01.2008 fortzusetzen. Man habe Gespräche mit dem Fachbereich aufgenommen. In der AG 3 habe sich hierzu ein Anbieter für die Ausbildung von Tageseltern vorgestellt. Für die nächste Sitzung bitte er, dass von der Verwaltung der Antrag mit einem Vorschlag zur Weiterführung vorgelegt werde.

Herr Strüwer möchte von der Verwaltung wissen, wie das Verfahren bezüglich der Auswahl der Bewerber sei.

Frau Haack erklärt, dass es mittlerweile schon drei Bewerber gebe.

Dr. Schmidt schlägt vor, dass die Verwaltung unter Einbeziehung des Ausschusses in Form des Vorsitzenden und seines Vertreters das intern entscheide.

Herr Steuber weist darauf hin, dass die Situation auch durch das KiBiz geprägt sei. Man habe bereits jetzt bei der Betreuung der Unter 3 – jährigen eine Quote von 15 % erreicht. Es stelle sich die Frage, inwiefern der Rat der Stadt Hagen in den nächsten Jahren ein Ziel vorgeben werde. Der Bedarf in Hagen sei aber längst noch nicht gedeckt. Da man aber nicht wisse, welche Vorgaben gemacht würden, könne es sein, dass es sich um eine ausschließlich kommunale Finanzierung handele, wenn man darüber hinaus etwas mache. Man brauche sicher eine Qualifizierung der Tagesmütter. Das Kontingent, was man brauche, sei jedoch nicht beliebig erhöhbar.

Daher sei man sicher in der nächsten Sitzung noch nicht so weit, eine Entscheidung treffen zu können. Nach der Beratung in der AG 3 gebe es sicher noch intern Beratungsbedarf rechtlicher Art.

Herr Strüwer fasst die gemachten Inhalte zusammen. Der Jugendhilfeausschuss werde aber in jedem Fall beteiligt.

Herr Feldhaus erklärt, dass die Arbeiterwohlfahrt die Qualifizierung von Tagesmüttern in anderen Städten bereits erfolgreich durchführe und dieses auch gern in Hagen machen wolle. Er könne das Angebot der AWO auch im Jugendhilfeausschuss vorstellen.

Herr Gebauer weist darauf hin, dass die Angelegenheit doch sehr zügig behandelt werden müsse. Zum einen hätten die Familienzentren in Kooperation mit der Tagespflege Verträge bis zum 31.12.07 und bauten darauf, dass es am 01.01.08 weitergehe.

Derzeit seien außerdem Mütter in der Ausbildung der Tagespflege und warteten auf eine Weiterführung. Außerdem gebe es Bedarfe, die nicht gedeckt werden könnten, wenn man erst Mitte des nächsten Jahres weitermache.

Herr Strüwer geht davon aus, dass insofern Gespräche mit der Verwaltung geführt würden, um vernünftige Übergangslösungen zu finden.



Herr Dr. Schmidt warnt vor einem Verteilungskampf. Wenn keine Einigung zustande käme, müsse ausgeschrieben werden.

Herr Steuber weist darauf hin, dass es auch Rollenklarheit geben müsse. Nach dem KiBiz sei unstrittig, dass das Jugendamt die Erlaubnis erteilen müsse. Hinsichtlich der Vermittlung von Tagespflegepersonen könnte es auch möglich sein, dass gewerbliche Träger diese Aufgabe übernähmen.

Herr Fischer berichtet von der Aktion „Kein Kind ohne Mahlzeit“, aus der sich ein großer Arbeitsumfang ergeben habe. Vor der Aktion hätte die Hälfte der Kinder an den Mahlzeiten teilgenommen, jetzt seien es $\frac{3}{4}$ der gesamten Kinder. Dies sei ein tolles Ergebnis. Man müsse nun schauen, welche Ergebnisse bei anderen Trägern vorlägen. Die gemeinsame Anstrengung habe sich gelohnt. Vielleicht könnten diese Zahlen veröffentlicht werden.

Herr Goldbach ergänzt, dass der Stichtag vorbei sei. Es seien 500 Kinder in Hagen, die in diesem Jahr aus dem Topf partizipierten. Der kommunale Anteil für das erste Jahr liege bei schätzungsweise 50.000 Euro.

Herr Strüwer teilt im Auftrag von Frau Ehrlicher von der RAA mit, dass es am 21.11.07 von 13.00 Uhr bis 16.00 Uhr einen Präsentationstag Hagener Schulen „Ich-Du-Wir-Ohne Gewalt“ im Rathaus an der Volme geben werde, zu dem die Ausschussmitglieder noch eingeladen würden. Er bittet, den Termin vorzumerken.

3. Anliegen der Jugendräte

Herr Traut berichtet von einem Volleyballturnier in Haspe, an dem auch seine Kollegin Frau Caliskan teilnehme. Mit dieser Veranstaltung solle der Bekanntheitsgrad der Jugendräte gesteigert werden.

Der Jugendrat Haspe habe eine Stiftung gegründet, um über Jahre hinweg auch über Spenden Spielgeräte für Schulen zu finanzieren.

Bezüglich des GraffitiSprayens, das in der letzten Sitzung Thema gewesen sei, sei bei vielen Eigentümern von Flächen angefragt worden, ob sie diese zur Verfügung stellen würden. Weitere Erkenntnisse dazu lägen ihm allerdings heute nicht vor.

Der Jugendrat habe sich am Wochenende an dem Projekt „Soziale Stadt Wehringhausen“ beteiligt. Man habe einen eigenen Entwurf für die Schlachthofnutzung vorgestellt.

Abschließend schildert er einen Konflikt zwischen Anwohnern und jugendlichen Besuchern eines Rollschuhplatzes im Stadtteil Wehringhausen und bittet den Ausschuss, sich für die Belange der Jugendlichen einzusetzen.

Herr Goldbach erklärt, dass er die Geschichte des Platzes kenne. Er schlägt



vor, das Problem mit in die Bezirksvertretung Mitte zu nehmen und mit deren Mitgliedern über einen möglichen Lösungsansatz zu diskutieren.

Herr Strüwer will sich ebenfalls mit dem Bezirksvorsteher Hagen-Mitte in Verbindung setzen. Er schlägt vor, gleichzeitig über das Kinder- und Jugendbüro einen Kontakt zu den betroffenen Anwohnern herzustellen, um so den Konflikt zu lösen. In der nächsten Sitzung sollen Frau Schwanke oder Herr Goldbach darüber berichten.

4. Bündnis für Familien

Frau Schmitz berichtet über die Aktivitäten des Jugendrates.

Sie weist darauf hin, dass andere Projekte des Bündnisses nicht angestoßen würden, weil man abwarten wolle, ob das Bündnis über die Jahreswende Bestand habe. Dieses habe sie dem Protokoll der AG Pflege und Gesundheit entnommen. Man befürworte den Vernetzungsgedanken des Bündnisses, sei jedoch der Meinung, es müsse noch eine klare Zielsetzung hinzukommen, aus der sich ein öffentlicher Druck zur Fortsetzung entwickle. Die Bündnisakteure vertrauten auf die Kuratoriumssitzung, die Mitte November stattfinde. Man hoffe, dass man dort zu einer Erklärung käme.

Dr. Schmidt ergänzt die Ausführungen von Frau Schmitz und erinnert an den gefassten Finanzbeschluss. Daneben gebe es als Kofinanzierung nur einen einzigen Beitrag aus der Wirtschaft. In diesen Zeiten sei die Stadt sicher nicht bereit, die Finanzierung bis ins Unendliche fortzusetzen. Dies sei sicher einer der wesentlichen Punkte, wie es weitergehe.

5. Stand der Umsetzung des KiBiz

Herr Steuber erklärt, dass das Gesetzeswerk noch nicht umgesetzt sei. Morgen werde es voraussichtlich mit erheblichen Änderungen in dritter Lesung beschlossen werden.

Er erläutert die vorliegende Erhebung bezüglich des derzeit in Anspruch genommenen Betreuungsvolumens, die in Schriftform als Tischvorlage vorliegt.

Diese Erhebung sei zum Anlass genommen worden, in den kommenden Wochen Gespräche mit allen Trägervertretern zu führen, wie die jetzige Betreuungssituation in das neue Gesetz umgesetzt werden könne. Parallel müsse die Finanzkalkulation laufen.

Im Dezember brauche man einen Beschluss des Rates zur neuen Elternbeitragssatzung. Da man diese vorher im Jugendhilfeausschuss beraten müsse, müsse eine Sondersitzung anberaumt werden. Bis Januar/Februar 2008 müssten die verbindlichen Anmeldungen stattfinden und bis zum 15. März dem Landesjugendamt vorliegen.

Im Folgenden beschreibt er die Änderungen, die für die weitere kommunale Planung wesentlich sind.



Herr Strüwer schlägt vor, die Gespräche zwischen Trägern und Verwaltung erst abzuwarten und dann interfraktionelle Gespräche zu führen. Nach der interfraktionellen Meinungsbildung werde man wieder das Gespräch mit den Trägern suchen. Gleichzeitig werde man in den Gesamtfractionen das Ergebnis dieser Vorberatungen im Bereich Angebotspalette und im Bereich Elternbeiträge hoffentlich übernehmen.

Auch für die Planungssicherheit der Träger sei es daher sinnvoll, wenn am 11. Dezember im Rat entschieden würde. Er bittet, den Termin für die Sondersitzung des JHA am 05. oder 06. Dezember vorzumerken.

Herr Haense möchte im Hinblick auf die Personen, die den Eigenbeitrag nicht leisten können, wissen, wer genau definiere, was eine bedarfsgerechte Inanspruchnahme bezüglich der Betreuungszeiten sei.

Herr Strüwer geht davon aus, dass Intention des Gesetzgebers sei, dass auch diese Eltern darüber entscheiden sollen, welche Betreuungszeiten sie in Anspruch nehmen wollen. Dies sei natürlich besonders für strukturschwache Städte wie Hagen ein Problem.

Frau Haack weist im Hinblick auf die Verfahrensplanung darauf hin, dass es problematisch werden könne, wenn die Gespräche im Kreis der Fraktionen erst dann begännen, wenn man in den Regionen mit allen Trägern gesprochen hätte. Zu der Sondersitzung des JHA sollte ein Konsenspapier vorgelegt werden. Deshalb müssten die Eckpunkte vorher feststehen.

Herr Strüwer dankt Frau Haack für den Hinweis. Das Verfahren bezüglich der Elternbeiträge und der Angebotspaletten müssten parallel gesehen werden. Man solle partnerschaftlich und im Verständnis beider Seiten zu guten Lösungen kommen. Das Verfahren solle offen sein in diesem Bereich, aber nicht offen in der öffentlichen Diskussion. Das sei entscheidend.

Herr Sczukowski lobt die Verwaltung für das Auswertungsverfahren. Er möchte wissen, ob die Träger Ausschnitte für ihre jeweiligen Sozialräume bekämen. Welcher zeitliche Ablauf sei denn jetzt vorgesehen?

Frau Versteeg-Schulte beantwortet die Frage dahingehend, dass in der übernächsten Woche die Termine in der Region starten. Außerdem erhielten die Träger natürlich die Auswertungen für ihre Bereiche.

Herr Schledorn weist darauf hin, dass das Verfahren aus dem Vorjahr bezüglich der Elternbeiträge kein Vorverfahren für KiBiz gewesen sei.

Herr Dr. Brauers erklärt, dass es erste Gedanken innerhalb der Verwaltung gebe, sich zusammen mit den Städten Bochum, Herne, Gelsenkirchen und Recklinghausen auf eine gemeinsame Beitragsstaffel zu einigen. Bei diesem Modell handele es sich um eine lineare stetige Beitragsstaffel. Vorteil dieser Funktion sei, dass sich das Volumen der Beiträge um etwa ein Drittel reduzieren würde. Nachteil sei natürlich, dass das Beitragsaufkommen niedriger sei. Weiterhin möchte er darauf hinweisen, dass das vorliegende Zahlenwerk das



Ist abbilde. Auf Seite 3 sei in der unteren Hälfte die Zukunft abgebildet. Die gewählte Zahl 13,1 bezüglich der U 3- Betreuung sei nur ein Beispiel und willkürlich gewählt.

**6. Programm zur Sanierung der städtischen Gebäude
hier: Maßnahmen in den Jahren 2008 bis 2011
Vorlage: 0614/2007**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer erinnert an die Diskussion in dieser Angelegenheit, wobei die Ergebnisse daraus in die überarbeitete Form der Vorlage eingearbeitet worden seien. Er schlägt vor, über den Beschlussvorschlag in der vorliegenden Form abzustimmen.

Herr Dr. Schmidt empfiehlt dem Ausschuss, den Beschluss dahingehend zu erweitern, dass sich der Jugendhilfeausschuss an der gebildeten Arbeitsgruppe beteiligt, damit ihm kein Nachteil entstehe. Es gehe um die Jahre 2012 ff, die finanziell nicht darstellbar seien. Alle anderen Ausschüsse hätten eine Erweiterung des Beschlusses vorgenommen.

Herr Strüwer greift diesen Vorschlag auf und liest den Beschluss des Sport- und Freizeitausschusses als Vorlage vor. Anschließend lässt er über die Erweiterung des Beschlusses abstimmen.

Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die für das Jahr 2008 vorgesehenen Maßnahmen mit einem Volumen von 10.877.800 € sind bis zum 31.12.2008 umzusetzen.
3. Es ist sicherzustellen, dass das Gesamtvolumen der zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 55 Mio. € (15 Mio. € 2007; 40 Mio. € für den Zeitraum 2008 – 2011) zur Durchführung der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen ausreicht. Hierzu wird eine Arbeitsgruppe aus Politik und Verwaltung gebildet, die entsprechende Vorschläge für die zuständigen politischen Gremien vorbereitet.

Die Arbeitsgruppe wird die prüfen, welche Gebäude über die bereits in der Anlage zu dieser Vorlage entsprechend gekennzeichneten Objekte hinaus aufgegeben werden können. Weiterhin wird die Arbeitsgruppe die für die Jahre 2009 ff vorgesehenen Maßnahmen daraufhin untersuchen, ob die jeweils angeführten Kosten reduziert werden können. Hierzu sollen sich die Maßnahmen nicht an einem Neubaustandard, sondern an einem Standard orientieren, der die langfristige Funktion des Gebäudes gewährleistet.



4. Der Jugendhilfeausschuss bildet den vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen „Unterarbeitskreis“ und beauftragt diesen, gemeinsam mit den Vertretern der Verwaltung nach Beschluss des Rates über die Verwaltungsvorlage in Gesprächen und ggf. Bereisungen eine Bewertung der Gebäude, die in der Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses liegen, zu erarbeiten. Der „Unterarbeitskreis“ soll auf Seiten der Politik aus je drei Vertretern/innen der SPD- und CDU-Fraktion und je einem Vertreter/in der FDP-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, der Fraktion Bürger für Hagen und der Fraktion Die Linke besetzt werden. Diese haben die Fraktionen, soweit noch nicht geschehen, innerhalb von 10 Tagen zu benennen.
5. Bis Ostern 2008 ist dem Rat ein Zwischenbericht vorzulegen. Ein Abschlussbericht ist dem Rat im Sommer 2008 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7. Bericht über die Umsetzung des Beschlusses des JHA vom 19.06.07 zur Vorlage 0271/2007 - Schulhofbenutzung Grundschule Eilpe -

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach beschreibt, wie sich bis die Situation im Zusammenhang mit der Schulhofbenutzung bis heute entwickelt hat. Die Lage habe sich inzwischen entspannt. Er sei der Meinung, dass man abwarten solle. Er gehe davon aus, dass sich die Szene verlagern werde.

Herr Dücker bedankt sich bei Herrn Goldbach und unterstützt dessen Vorschlag. Das Geld für den Schlüsseldienst könne an anderer Stelle sinnvoller genutzt werden. Er schlage vor, den Mitgliedern im HFA zu übermitteln, dass man diesen Beschluss so nicht übernehmen wolle.

Frau Machatschek erinnert daran, dass man diesen Sachverhalt bereits in diesem Ausschuss diskutiert habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, dass man den Vorschlag ablehne.

Herr Strüwer betont, dass der Jugendhilfeausschuss bei seiner Auffassung bleibe. Er versteht nicht, aus welchem Grund die Vorlage mit dem gleichen Beschlussvorschlag auf der Tagesordnung des HFA stehe. Er erwarte, dass morgen aus fachlicher Sicht von der Verwaltung Stellung bezogen werde.

Herr Dr. Schmidt sagt zu, die Vorlage für die morgige Sitzung des HFA zurückzuziehen.



8. Verbesserung der schulpsychologischen Versorgung Vorlage: 0893/2007

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steinkamp erläutert die Vorlage.

Frau Klos-Eckermann bittet um Erläuterung der Höhe der Arbeitsplatzkostenpauschale.

Herr Dr. Brauers erklärt, dass zwei Drittel des Betrages DV-Unterstützungskosten seien. Der Rest der 15.600 € seien kalkulatorische Mieten, Reinigung und Büromaterial.

Herr Steuber erläutert, dass es sich um vernetzte Strukturen bei der Stadt handle. Die Netzwerkkosten würden von HABIT pauschal umgelegt. Man habe dem Ausschuss diese Zahl nicht unterschlagen wollen.

Herr Fischer regt an, diese Leistungen zu überprüfen, ob sie eventuell nicht extern günstiger eingekauft werden könnten.

Herr Dr. Brauers weist darauf hin, dass es sich um eine KGST-Pauschale handelt, die landesweit anerkannt würde.

Herr Haensel ist Herrn Steuber dankbar für die Offenlegung der Kosten, da es hier um Transparenz gehe und Kostenbedarfe nachvollziehbar sein müssten.

Herr Reinke möchte wissen, ob dieser Betrag die Sache gefährde. Er begrüßt die Möglichkeit, einen Schulpsychologen nach Hagen zu bekommen. Er fragt nach der Aussicht der Einrichtung einer zweiten Stelle für Hagen.

Herr Steuber beantwortet die erste Frage dahingehend, dass das die Sache natürlich nicht gefährde.

Hinsichtlich der zweiten Frage beschreibt Herr Steinkamp die Problematik, wegen der zurzeit die zweite Stelle in Hagen nicht besetzt werden kann. Es handle sich aber um eine Optionsklausel, die es der Stadt ermögliche, noch zu einem späteren Zeitpunkt von diesem Angebot zu partizipieren.

Herr Strüwer würde es begrüßen, wenn eine zweite Stelle mit einem Schulpsychologen weitestgehend kostenneutral besetzt werden könnte und bittet die Verwaltung, entsprechende Anstrengungen zu unternehmen.

Herr Steuber weist darauf hin, dass eine Besetzung der Stellen keine Auswirkung auf den Stellenplan der Stadt Hagen habe, da die Schulpsychologen vom Land abgeordnet würden.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.



Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Hagen beauftragt die Verwaltung die Vereinbarung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Hagen zur schulpsychologischen Versorgung abzuschließen.
2. Umsetzungstermin ist der Ratsbeschluss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9. Straßenkinder in Hagen Vorlage: 1024/2007

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Die Tagesordnungspunkte 9 und 10 werden zusammen behandelt.

Herr Strüwer weist auf die ausgelegte Tischvorlage hin.

Herr Haensel bedankt sich beim Ausschuss für die Gelegenheit, die Arbeit vorzustellen.

Frau Hamann vom Diakonischen Werk beschreibt die Inhalte der Arbeit mit Straßenkindern.

Herr Gehring und Herr Haensel ergänzen die Ausführungen von Frau Hamann.

Herr Reinke bedankt sich für den Vortrag und beantragt, die Beratung der Vorlage als erste Lesung zu betrachten. Es gebe noch Beratungsbedarf.

Herr Goebels schildert die Problematik der Straßenkinder aus der Sicht der Abteilung „Erzieherische Hilfen“. Er unterstreicht die Notwendigkeit der beschriebenen Stelle insbesondere für die jüngeren unter den Straßenkindern. Das könne der Allgemeine Sozialdienst nicht leisten.

Frau Köppen bedankt sich für den Vortrag und begrüßt den Vorschlag von Herrn Reinke. Diese Arbeit sei ein wesentlicher Bestandteil der Jugendhilfe.

Herr Fischer unterstützt auch den Antrag bezüglich der ersten Lesung. Die Umsetzung des Offenen Ganztages sei dabei auch ein ganz wesentlicher Baustein gewesen.

Auch Herr Schledorn begrüßt den Vorschlag der ersten Lesung. Er bittet um



genaue Definition des Begriffes der Straßenkinder.

Frau Hamann erklärt, dass mit diesem Begriff diejenigen gemeint seien, die von zu Hause weggelaufen seien und diejenigen, die sich auf der Straße aufhielten, aber möglicherweise noch einen Platz zum Schlafen fänden. Sie seien extrem traumatisiert und problembelastet. Dieses Modul habe zuvor im Jugendhilfenetzwerk gefehlt und sei inzwischen unverzichtbar geworden.

Herr Goebels ergänzt, dass das Gefährdungspotential in den Szenen liege, in denen sich diese Jugendlichen aufhielten.

Herr Steuber merkt an, dass ihm aufgefallen sei, dass es sich bei den Betroffenen zum größten Teil um junge Menschen jenseits der Schulpflicht zwischen 20 und 27 handele.

Gebe es Kontakt oder Abgleiche mit der ARGE? Eventuell fände man einen erleichterten Zugang über Integrationsvereinbarungen?

Herr Haensel bedauert in diesem Zusammenhang, dass es sich Streetworkerarbeit nicht mehr gebe. Man habe festgestellt, dass es ein sich verjüngendes Klientel im klassischen Wohnungslosenbereich gebe. Er werde für diese Arbeit kämpfen.

Herr Strüwer stellt fest, dass die Stadt Hagen zwei Jahre lang einen Zuschuss in Höhe von 22.500 € jährlich zur Verfügung gestellt habe. Das Projekt sei ausgelaufen und werde bis zum Ende des Jahres durch Spenden weitergeführt. Er bittet, die Zeitkontingente der Mitarbeiter zu beschreiben.

Frau Hamann und Herr Gehring beantworten die Fragen von Herrn Steuber und Herrn Strüwer.

Herr Strüwer stellt fest, dass die Vorlage in erster Lesung zur Kenntnis genommen wird.

Er bedankt sich beim Diakonischen Werk, das sich seit 2003 diesem schwierigen Feld gewidmet hat. Klar sei, dass es sich hier um ein wünschenswertes Projekt handele.

Es gebe drei Möglichkeiten:

1. Es sind bei der Stadt Hagen leider keine Mittel für die Fortsetzung des Projektes vorhanden.
2. Man findet finanzielle Möglichkeiten, die es der Aufsichtsbehörde erlauben, zu sagen, dass es sich hier nicht um eine freiwillige Maßnahme handelt und die Aufgabe in Form einer Gegenfinanzierung weitergeführt werden kann.
3. Man beschäftigt sich mit der Frage, wie man sicherstellen kann, dass diese Menschen nicht zukünftig durch das soziale Netz fallen.

Er schlägt vor, den Themenkomplex „Streetworkerarbeit“ mit in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung zu nehmen und dort zu beraten.

Damit sind die Ausschussmitglieder einverstanden.



Beschluss:

Die Verwaltungsvorlage wird als erste Lesung zur Kenntnis genommen und zur weiteren Beratung an den Unterausschuss Jugendhilfeplanung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10. Bericht des Diakonischen Werkes über das Projekt Straßenkinder

siehe Punkt 9

11. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe Vorlage 0542/2007 - Vorstellung des Jahresberichtes der evangelischen Jugend

Herr Fischer stellt die Arbeit der evangelischen Jugend vor.

Herr Goldbach ergänzt, dass die verschiedenen Jugendverbände jeweils ein eigenes Profil hätten. Die Vernetzung untereinander sei eine sinnvolle Sache.

Herr Strüwer möchte wissen, ob es auch im Umfeld von Hagen Aktivitäten gebe.

Herr Fischer erklärt hierzu, dass die evangelische Jugend im Kirchenkreis Hagen auch im Umfeld tätig sei. Die Aktivitäten, die im Jahresbericht beschrieben seien, bezögen sich nur auf Hagen.

Herr Strüwer bedankt sich für den Bericht und leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

12. Jugendhilfeplanung Fortschreibung des Berichts zum Arbeitsfeld "Offene Kinder -und Jugendarbeit in Hagen" Vorlage: 0966/2007

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer erinnert an das seit Jahren praktizierte Verfahren, dass die Vorla-



ge im Jugendhilfeausschuss eingebracht, anschließend im Unterausschuss Jugendhilfeplanung diskutiert und dann abschließend im Jugendhilfeausschuss beschlossen würde.

Herr Goldbach beschreibt die erfolgreiche Jugendarbeit. Dazu habe auch der Kontrakt zu beigetragen. Zu dieser Thematik würde die Verwaltung gern einen Bericht abgeben und einen Impuls aus dem Jugendhilfeausschuss in die Richtung erhalten, dass der Kontrakt auch in Zeiten von NKF weitergeführt werden solle. Der Kontrakt laufe zum 31.12.2007 aus.

Herr Strüwer geht davon aus, dass der Ausschuss dieses Anliegen unterstützt.

Beschluss:

Die Verwaltungsvorlage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen und zur weiteren Beratung an den Unterausschuss Jugendhilfeplanung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

13. Erfahrungsbericht zur bedarfsgerechten Bereitstellung flankierender sozialer Dienstleistungen im Rahmen des SGB II durch die kommunale Drogenhilfe Vorlage: 0972/2007

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Klos-Eckermann möchte wissen, wo die Unterschiede in der Arbeit in Hagen und Gevelsberg lägen.

Herr Goldbach erläutert, dass Gevelsberg das Thema früher und in einem anderen Verfahren formell geregelt habe. Außerdem gehörte Gevelsberg zum Ennepe-Ruhr-Kreis und sei Optionskreis. Diese hätten eine eigene Jobagentur. Es gebe neben einem geregelten Zuführungssystem auch einen Kriterienkatalog mit einem Rückmeldesystem. Man mache in Gevelsberg auch den Bereich der legalen Drogen- und Suchtvermittlung. In Hagen gebe es eine Vereinbarung mit der ARGE. Es laufe allerdings etwas schleppend an.

Frau Klos-Eckermann stellt fest, dass es wohl erhebliche Qualitätsunterschiede in beiden Städten gebe. Sie möchte wissen, ob man den verbesserten Standard nicht auch für Hagen einfordern sollte.

Herr Goldbach hielte das für wünschenswert.

Frau Schmieta erklärt, dass sie hierzu noch Kontakt mit der Drogenberatung aufnehmen werde. Man habe diese Problematik nicht vergessen.



Frau Machatschek berichtet, dass in der letzten Trägerversammlung auch Thema gewesen sei. Diese Zielgruppe werde etwas vernachlässigt. In diesem Bereich sei Fortbildung für die Mitarbeiter der ARGE notwendig, damit diese die notwendigen Kenntnisse bekämen.

Frau Schmieta bestätigt, dass die Tendenz des SGB II auf Bundesebene dahin gehe, dass es um schnelle Integration und Beschäftigungsorientierung gehe. Hier käme man irgendwann tatsächlich in einen Konflikt. Man habe auf kommunaler Ebene aber Freiräume bezüglich der Ausgestaltung.

Herr Strüwer stellt fest, dass die Intention klar sei. Dieser Tagesordnungspunkt werde beim nächsten Mal wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Beschluss:

Der vorliegende Erfahrungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

14. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates

keine

Ende des öffentlichen Teils: 19.00 Uhr

Gez. Strüwer

Vorsitzender

Gez. Krause

Schriftführerin